

# Saale-Beitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Am Freitag

werden die 6 getriebenen Solenoiden  
oder deren Raum mit 80 Pfg. oder  
aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in  
unseren Annahmestellen und allen  
Kontanten-Expeditoren angenommen.  
Bestellen die Zeit 75 Pf. für Halle,  
außerhalb 1 Mt.

Ercheim täglich, freitags,  
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verwaltung:  
Halle, G. Braunsstraße 17.  
Neubaugeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich bei postamtlicher  
Zufuhrung 2.50 M., durch die Post  
8.25 M., anst. Postbefreiungsgeld.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im umliegenden Bezugspreis  
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Im anverlangt eingehende Nummern  
mit dem Bestell-Bernehmen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
Saale-Beitung.

Verantwortlicher Redakteur: H. Müller;  
der Anzeigen-Redaktion: H. Müller;  
der Abrechnung-Redaktion: H. Müller.

Nr. 495.

Halle a. S., Sonnabend, den 21. Oktober.

1911.

## Das Privatbeamten-Gesetz im Reichstag.

193. Sitzung. Freitag, den 20. Oktober.

Am 11. Uhr des Bundesrats: Delbrück.  
Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um  
1 Uhr 15 Minuten.

Die erste Lesung des Entwurfs eines Versicherungsgesetzes  
für Angestellte wird fortgesetzt.

Abg. Trimborn (Zit.): Wir werden alles tun, das Gesetz  
noch in dieser Session zustande zu bringen. (Beifall.) Es ist  
ein wesentliches Stück Mittelstandspolitik. Wir holen eine  
solange Pflicht nach. Wir werden das Gesetz im großen und  
ganzen zu ändern, wie es hier vorliegt.

Abg. Feiler, v. Mischke (Zit.): Mit diesem Gesetz wird  
der Rahmen der künftigen Gesetzgebung vorklariert. Es ist  
ein Stück Mittelstandspolitik, und wir wollen jede Gelegenheit  
ergreifen, sie zu treiben und zu fördern. (Beifall.) Meine  
Partei hat von jeher daran mitgearbeitet. Die Regierung  
verdient hohe Anerkennung für die Unermüdblichkeit, mit der sie in  
der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes großes geleistet hat. Die  
Einzelfragen können nur in der Kommission geprüft werden.  
Eine Erhöhung der Beiträge über die in der Vorlage gestellte  
Grenze halte ich nicht für angebracht. Die schwerwiegende Frage  
ist die der Satzungen. Ich glaube aber sehr, daß auch hier  
die Grundlagen des Entwurfs in der Hauptdebatte sich als stichhaltig  
erweisen werden. Wir werden mit der größten Eifer mitarbeiten,  
daß der Entwurf noch in dieser Session verabschiedet wird.  
(Beifall.)

Abg. Schmidt-Berlin (Zit.): Bei der Bedeutung der Vor-  
lage können wir auf eine eingehende Beratung nicht verzichten.  
Denn es gibt doch auch Gegner der Vorlage, weil sie nicht  
weit genug geht. Vieles fürchtet man, daß sie nur Entlastung  
und Beibehaltung hervorruft. Wir wünschen, daß aus  
der Vorlage etwas wird, und daß sie den Wünschen der An-  
gestellten entspricht. Der Bund der Technisch-Indu-  
striellen Beamten in der „Industriebeamten-Zeitung“  
die Mehrheit des Reichstages zu erwarren, wieder wie bisher  
leichten Herzens über die Forderungen der Privatbeamten hin-  
wegzugehen. Der Bund hat aber anerkannt, daß die For-  
schritte und die Sozialdemokraten im Interesse der An-  
gestellten tätig waren. Nicht sonderbar mutet die Forderung des  
neuen Mittelstands-Verbandes an, der in Dresden gegründet  
wurde. Er hat es abgelehnt, den „neuen Mittelstand“, die Pri-  
vatbeamten, aufzunehmen und die Parole ausgegeben: Schluß mit  
der ganzen Sozialpolitik! Die Privatbeamten werden sich also  
allmählich klar werden, wo ihre Freunde sind. Zu den Gegnern  
der Vorlage gehört in erster Linie der Zentralverband deutscher  
Industrieller. Aber auch mehrere Handwerkskammern haben sich  
dagegen erklärt. Viel richtiger wäre es gewesen, die Invaliden-  
versicherung einfach fortzusetzen. Die Lagen wären dann viel  
geringer geworden. Ist diese Zersplitterung der ganzen  
sozialen Versicherung notwendig? Sie zerstören den ganzen orga-  
nischen Aufbau der Arbeiterversicherung, wenn Sie statt einer Zu-  
sammenführung eine Neugliederung machen.

Wir wünschen, daß z. B. auch die freien Schrift-  
steller, die ausgeschlossen sind, sich freiwillig versichern können.  
Eine der besten Einrichtungen ist die Doppelversiche-  
rung. Ein Freund der Milderung der Beiträge bin ich nicht.  
Wenn sollte sich lieber die kleinen Rechte wahren. Für junge  
Leute ist sonst der Anreiz groß, das Geld zurückzuerlangen,  
wenn sie sich z. B. schließlich versichern. Denn die Beiträge sind  
so hoch, daß sich eine Summe von 1000 M. und mehr an-  
sammelt. Die Hinterbliebenen sind viel zu gering. So ist  
z. B. im Gesetz die niedrige Rente für ein Kind mit 3.84 M.  
angegeben. Es etwas sollte man doch erst gar nicht ins Gesetz  
hineinnehmen. Eine besondere Vergünstigung sollte den Erbs-  
kinder nicht zuteil werden. Wir werden uns an der Kommissions-  
beratung im Interesse der Angestellten beteiligen.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.):

Gewiß, die Privatbeamtenversicherung hat auch Gegner. Die  
Stimmung für die Versicherung ist nun am Abchluß der zehn-  
jährigen Vorarbeiten nicht mehr so einheitlich wie früher. Ver-  
dachte Interessenten regen sich allerorten. Sie haben das Recht,  
ihre Interessen zu vertreten. Sie haben aber nicht das Recht,  
die Dinge pessimistischer zu malen als sie sind und einheitlich alle  
Leistungen herabzusetzen. Bei anderen — bei den Juristen und  
Diplomingenieurern — hängt sich das Standesgefühl  
auf. Sie wehren sich gegen den Zwang ganz mit Unrecht.

Dann werden wir uns zu entscheiden haben über das An-  
gebot der Lebensversicherungen, die eventuell diese  
Versicherung selbst übernehmen oder sie auf neuer Grundlage auf-  
bauen wollen. Diese Vorläufe — jetzt vor Tagesablauf —  
kommen viel zu spät. Die Lebensversicherungen haben Zeit genug  
gehabt, sie haben sie veräumt. Wir sind im übrigen durchaus  
nicht immer für staatliche Organisationen. Wir überweisen gern  
wichtige Aufgaben auch privaten Betrieben, die oft besser und  
billiger arbeiten. Doch jetzt haben wir uns nur noch mit der  
Vorlage und ihren tatsächlichen Grundlagen zu befassen. Es ist  
vollkommen unrichtig, daß die freie Entfaltung der Persönlichkeit  
durch dieses Gesetz unterbunden wird, wenn das aus Professor  
Sarnack und Dr. Tille behauptet haben. Der letztere sagte  
nämlich: „Der Entwurf verhandelt einer sozialistischen Agitation  
überer Angestelltenverbände kein Dilemma.“ Das trifft durchaus  
nicht zu. Die Renten sind nicht groß, aber es sollen ja auch keine  
Staatsrenten sein, sondern nur Ergänzungen. Man hört jetzt  
nur dieselben Einwendungen, die früherzeit gegen die Arbeiter-  
versicherung gemacht wurden. Es ist unerhört, wenn Dr. Tille  
diese Angelegenheit als Entmündigte hinstellt und behauptet,  
daß sie schon die Hälfte der Reichstagsmitglieder ausmachen.

Verschiedene Korporationen versuchen nun, uns zu bestimmen,  
einen Reichsausschuß zu schaffen. Das können wir nicht. Keinen  
mit Einkommen von 3 bis 5000 M. können wir keinen Reichs-  
ausschuß aus den Mitteln aller Steuerzahler geben.

Die Form der Versicherung ist schon angestrichen worden.  
Zwei Weltanschauungen stehen sich da gegenüber.

Die eine erblickt in den Angestellten einen „neuen Mittelstand“. Die andere sieht in ihnen nur versinnte Schichten, die mit der  
Zeit wieder Lohnarbeiter werden. Diesen Standpunkt vertritt  
der Bund der technisch-industriellen Beamten, der sich als Emer-  
genz fühlt und den Klassenkampf predigt. Der Anschlag an die  
Invalidenversicherung, den er vertritt, würde aber viel teurer  
werden als die letzte Form. Nun sind uns Vor schläge von Ver-  
ein gemacht worden, die schon solche Einrichtungen haben, wie  
z. B. von der Münchener Berufsanstalt für Journalisten und  
Schriftsteller. Es wird uns niemand verdenken, wenn wir diese  
Vor schläge besonders scharf und mit einem gewissen Suspicion  
betrachten. Bei der Zulassung von Erbschaften wird man vorsichtig  
sein müssen, aber man wird sie nicht verweigern können. Sie  
bleiben als Konkurrenz neben der staatlichen Organisation und  
geben uns Gelegenheit, die Kosten und Leistungen zu vergleichen.

Wir wünschen die Vorlage möglichst rasch zu erledigen. Wir  
danken dem „Hautauschlag“ für seine eifrige sachliche Arbeit  
für seine Reichstagsauftrag auf das Erreichbare. Ihm ist es zu ver-  
danken, daß

ein Wettbewerb der Parteien

nicht stattfindet, daß wir alle auf gemeinsamer Basis stehen. Ob  
wir auf die Staatsbürger erreichen werden, das möchte ich per-  
sönlich fast bezweifeln. Denn mit Gesetzen erreicht man selten  
allgemeine Zufriedenheit. Wir erfüllen aber gern eine ernste  
soziale Pflicht. (Beifall.)

Abg. Dr. Mugdan (Vp.):

Auch meine politischen Freunde halten den Entwurf für eine  
so geordnete Grundlage, daß die Kommission sicher keine große  
Änderung haben wird. Die Vor schläge des Hauptauschusses, dieser  
vorigen Arbeitssitzung, werden ja in der Kommission noch  
einmal zu prüfen sein; sie ganz zu befehlen, würde für jetzt  
das Scheitern des Gesetzes bedeuten. Von ganz beson-  
derer Wichtigkeit ist für mich die Altersgrenze  
von 70 Jahren; nun ist nicht mehr möglich, unseren An-  
trag auf Einführung dieser Altersgrenze auch in der Invaliden-  
versicherung abzugeben. Dieses Gesetz bedeutet einen Zwang,  
es bis 1913 durchzuführen. Aber es ist nur ein Gesetz für den neuen  
Mittelstand. Den alten Mittelstand, die Handwerksmeister und  
die selbständigen Gewerbetreibenden, für die die Kontraktiven  
das Zentrum hier doch immer lo eingetret, verweist man auf  
die Reichsversicherungsordnung. In der Kommission wird zu er-  
wägen sein, ob es nicht möglich ist, auch diesen Gruppen und  
vielleicht auch den hohentauern Arbeitern die Möglichkeit zu geben,  
der freien Versicherung auf Grund dieses Gesetzes zu gehen.  
Die Grenze von 5000 M. hält die Mehrheit meiner Freunde  
für richtig. Die darüber hinausgehende Forderung des Haupt-  
auschusses — dem man hier doch für seine Mitarbeit an den  
eigenen Interessen der von ihm vertretenen Kreise nicht lo große  
Berechtigungen geben sollte, auch nicht am Schluß  
einer Legislaturperiode (Seitertit) — ist unbedachtigt. Wohin  
soll es führen, wenn auch die

Herren Reich und Mommsen

der Versicherung unterstellt würden! Gewiß ist es nicht entwür-  
digend, aber man soll nicht die Leute benachteiligen, die für sich  
selbst sorgen können. Es ist um lo weniger angebracht, als dieses  
Gesetz ausgefertigt Bestimmungen über die freiwillige Versiche-  
rung hat. Wenn möglich, ist, daß man bei diesem Gesetz in der  
Reichsversicherungsordnung mit guten Gründen ferner gelassene  
Rückhaltung der Beiträge an weibliche Ver-  
sicherte wieder einrichtet. Schwierigkeit wird in vielen Fällen  
die Abgrenzung machen, ob jemand Konteur, Wertmeister oder  
Arbeiter ist usw. Es kommen da zwei ganz verschiedene In-  
flangen in Betracht; man sollte die Bestimmung im Gesetz treffen,  
daß die Oberversicherungsämter an die Entscheidung des Reichs-  
versicherungsamts gebunden sind. Bedauerlich ist der Aus-  
schluß der Frauen von der Rechtsprechung; sie werden doch in den ärztlichen Ergründungen usw. zugelassen.  
Der Reichstag hat, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist, gar  
nichts mehr zu sagen. Er ist z. B. vollständig ausgeschlossen von  
der Nachprüfung der Beiträge und Leistungen. Sollte es nicht  
auch vom Regierungsstandpunkt zweckmäßig sein, ihn dabei zu  
beteiligen? Wo man alle die ehrenamtlichen Per-  
sonen — auch hier wieder 20 000 — hernehmen soll, wird all-  
mählich fraglich; es wird damit doch etwas zu verschwenderisch  
umgegangen. Wie einfach und leicht, mit wie wenig Personal  
wird das in England gemacht! Der Redner erörtert zum Schluß  
kurz die Frage der Erbschaften und erklärt, daß seine Freunde  
nach Kräften mitarbeiten werden, das Gesetz möglichst  
rasch zu verabschieden. (Beifall.)

Abg. Ding (Zit.) verweist auf die starken und vielfachen  
Beobachten einer Reihe von Arbeitgeberorganisationen gegen ein-  
seitige Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der Angestell-  
ten. Trotzdem kann ich im Namen meiner politischen Freunde  
mit allem Nachdruck erklären, daß unsere grundsätzliche Stellung  
in der ganzen Frage unverändert dieselbe geblieben ist, daß die  
ausreichende, angemessene Rentens und Altersversicherung den  
Privatangestellten gegeben werden soll, als eine der wichtigsten  
sozialen Aufgaben der Gegenwart. Der Kampf des Mittelstandes  
oder eines Teiles desselben gegen die Rentensverschärfung der  
Privatbeamten richtet sich weniger gegen das Prinzip der Ver-  
sicherung, als gegen das vorgeschlagene System. In der Kom-

mission wird die Regierung die Bestimmungen über die Sonde-  
rungen gegen die Sozialdemokraten wohl energig begründen  
und rechtfertigen. Mit der Höhegrenze von 5000 M. sind wir  
einverstanden. An den Kommissionsberatungen werden wir uns  
eifrig beteiligen, damit die Vorlage bald Gesetz wird. (Beifall.)

Abg. Korfant (Zit.): Wahlprüfungen leisten uns nicht. Wir  
tun nur unsere soziale Pflicht, wenn wir die Materie regeln  
lassen. Im großen und ganzen sind wir mit der Vorlage einver-  
standen. Die Faltung des Redners des Reichstages hat uns  
aber in Erstaunen gesetzt. Die Rede des Dr. Mugdan war voll  
von „Amen“ und „Aber“.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.): Dem Mittelstand werden immer  
neue Lasten auferlegt. Kann man sich da über eine gewisse Mit-  
stimmung wundern? Trotzdem sind die meisten Angehörigen des  
Mittelstandes mit offenem Herzen dabei, wenn man den Privat-  
angestellten geholfen werden soll. Wir werden die Hände nicht  
in den Schoß legen, sondern für rasche Arbeit sorgen. Die Grund-  
züge der Vorlage erkennen wir durchaus an. Leider sind Mängel  
am Werke, die das Gesetz illusorisch machen wollen. Solche  
illustrierten Bestimmungen müssen wir verschreiben. Es hand-  
elt sich um die Werkstätten. Die Herren sollen sich aber nicht  
vergebliche Arbeit machen. Neue Erörterungen werden nicht  
bedürftig sein. Mit der Forderung der Angleichung an das  
Invalidegesetz würde man dem Gesetz nur ein Bein stellen. Bei  
der Rede Dr. Mugdans hatte ich auch eine unangenehme Em-  
pfindung. Da er aber mit der Hoffnung auf das Gelingen des  
Gesetzes sprach, hoffe ich, daß die Streitigkeiten auch bis zum Ende  
mit am Werke bleiben werden. (Beifall.)

Die Vorlage geht an die Kommission, die die Reichs-  
versicherungsordnung beraten hat.

Das Haus vertagt sich.  
Sonnabend 11 Uhr: Errichtung eines Konsulargerichts-  
hofes, Vorlage über die Ausgabe kleiner Aktien.

Abg. Am Jahnhoff (Zit.) beantragt, den ersten Punkt abzu-  
legen.

Abg. Raab (wirtsch. Bgg.) bittet um Abhebung des zweiten.  
(Seitertit)  
Die Anträge werden abgelehnt.  
Schluß 1/2 Uhr.

## Die Beschiebung von Derna und Homs.

Das bereits aus Konstantinopel gemeldete Bombardement  
von Derna durch italienische Kriegsschiffe wird jetzt  
von halbamtlicher italienischer Seite bestätigt. Auch die  
angesehene Beschiebung des östlich von Tripolis gelegenen  
Hafenortes Homs ist nunmehr erfolgt. Telegramme melden  
uns hierüber folgendes:

Tripolis, 20. Okt. Der östlichtriplitanische Hafen Derna  
ist am 16. Oktober bombardiert worden. Die Landung  
wurde wegen hohen Seeganges an einen späteren Zeitpunkt  
verschoben. Am 18. Oktober wurde Johann ein italieni-  
sches Regiment an Land gesetzt, das sich dort ver-  
schanzte. — Die vor Homs angekommenen italienischen  
Truppen sandten gestern ein Boot mit Offizieren an Land,  
um den Befehlshaber der türkischen Streitkräfte zur Kapitu-  
lation aufzufordern. Dieser erbat sich die Erlaubnis, an  
Bord kommen zu dürfen, um verhandeln zu können. Als  
er das Schiff betreten hatte, wiederholte man ihm die Auf-  
forderung, sich zu ergeben, worauf er um Ausschub bat,  
der ihm nicht gewährt wurde. Nachdem er an Land  
zurückgekehrt war, verschanzten sich die Türken in der  
Kaserne und trafen Vorbereitungen für den Widerstand.  
Darauf eröffneten die italienischen Kriegsschiffe das  
Feuer auf die Kaserne und die Festungswerke,  
schonten jedoch die Häuser. Nach kurzer Zeit wurde eine  
weiße Flagge gehißt, und die Italiener wollten landen.  
Da das Meer aber zu bewegt war, mußte die Landung auf  
heute verschoben werden.

Ein neuer Nachkampf bei Tripolis.

Konstantinopel, 20. Okt.

Nach Mitteilung des Kriegsministeriums hat am  
16. Oktober in Tripolis ein dritter Nachkampf gegen die  
Italiener stattgefunden, in dem diese lediglich Lote hatten.

Türkischer Zuzug über Ägypten.

K. Philippopol, 20. Okt.

Ferid-Bey, der Chef der ägyptischen Nationalpartei, der  
aus London in Konstantinopel eingetroffen ist, konnte der  
Regierung sehr befriedigende Mitteilungen über die Hal-  
tung Englands in Ägypten machen, wo sich die britische  
Diplomatie, ohne die Neutralität zu verletzen, den türkischen  
Befehlshandern, Tripolis zu verteidigen, in jeder Weise  
freundlich setze. Ferid-Bey erprobte Krieger,  
die seinerzeit gegen den Rabbi kämpften und nach Ablauf  
ihrer Dienstzeit im wesentlichen in Ägypten angeheilt  
wurden, haben zu den Waffen gegriffen und die tripli-  
tanische Grenze überschritten, um zu der Verteidigungsarmee  
zu stoßen. Außerdem gelang es bisher, 18 Gefangene aus  
Tripolis zu bringen; auch zahlreiche türkische Offiziere  
konnten in den letzten Tagen über Ägypten Tripolis er-  
reichen. Sie werden dort mit Schnelligkeit erwartet, da es  
ben kampfbereiten arabischen Irregulären an Führern fehlt.  
Wo die Italiener sich bisher mehr als 20 Kilometer von  
der Küste wagten, wurden sie angegriffen unter großen Ver-  
lusten zurückgewiesen. Ferid-Bey meint, daß die Lage des

hürftigen Verteidiger in Tripolis denfalls hängig sei, und daß man jetzt keinen größeren Fehler begehen könne, als den Widerstand aufzugeben.

### Schwere Kämpfe um Benghasi.

Tripolis, 20. Okt. Am 18. d. M. vormittags erhielten wir Benghasi die zweite Staffel des italienischen Expeditionskorps, begleitet von den Linien- und Torpedobootscharakteren „Roma“, „Napoli“ und „Regina Elena“, dem Panzerkreuzer „Amalfi“, den geschützten Kreuzern „Etruria“, „Bionetto“, „Siguria“ und den Torpedobootscharakteren „Ditto“, „Verlagiere“ und „Granatiere“ sowie zwei Hochseetorpedoschiffe. Admiral Aubry forderte den Platz sofort zur Übergabe auf. Die türkischen Behörden verzweigten dies, und der italienische Admiral räumte infolge des schlechten Wetters noch eine Frist bis 6 Uhr früh für die Übergabe ein. Die ganze Nacht über war das Meer bei Wind und Regen bewegt. Gegen Morgen begann das Wetter sich zu beruhigen. Um sechs Uhr, als die Garnison von Benghasi zur Übergabe genötigt wurde, ergab sich das Fort, so daß man zur Besetzung der Festungswerke, welche kurze Zeit vorher, bis die Truppen mit der Auslieferung, durch die Matrosenkompanien, dann der regulären Truppen, begannen konnten. Als die ersten italienischen Streitkräfte an Land stiegen, wurden sie von den Türken heftig angegriffen, insofern gelang es den Italienern, den Gegner zurückzuschlagen und sich zu besetzen. Nach und nach wurden dann 4000 Mann ausgeschickt, obgleich der Widerstand der Türken, unterstützt von einem Teil der arabischen Bevölkerung, sehr lebhaft fortgesetzt wurde. Diese Intervention der Araber von Grenata erklärt sich aus der Tatsache, daß man die italienische Okkupation nicht will, da man weiß, daß sie dem noch immer dort herrschenden sehr lebhaften Sklavenhandel ein Ende setzen würde. Der Kampf begann gegen 9 Uhr früh und dauerte bis Sonnenuntergang noch an. Die Haltung der Matrosen und Truppen war bewundernswürdig während der ganzen Aktion. Die Italiener griffen nach einer glänzenden Wendung, die gegen Sonnenuntergang ausgeführt wurde, die Kanone und das Dorf Sidj Hulin an und nahmen sie mit Sturm. Die Truppen der Staffeln waren am Abend an Land gelandet und lagerten in den eroberten Stellungen, die sie stark besetzten. Heute morgen wurde es infolge der noch immer feindlichen Haltung eines Teils der Araber notwendig, die Südseite der Stadt zu bombardieren, auf den eine beschränkte Anzahl von Kanonenbooten abgefeuert wurde. Die Lage wird immer günstiger für die Italiener. Andere Truppen werden in Benghasi eintreffen. Zur selben Zeit wurde das Bombardement verstärkt. Die Schallungen führten an Land und wurden von Geschützschiffen empfangen, die aber keinen Schaden anrichteten. Inzwischen war das Meer bewegt, daß man es für richtig hielt, die Truppen, die noch nicht am Ufer angekommen waren, zurückzuführen. Am 17. Oktober wehte während des ganzen Tages ein heftiger Sturm, der jede Operation unmöglich machte. Am 18. Oktober schickte man, sobald die Wellenbewegung es gestattete, von neuem Landungsabteilungen, denen es gelang, die Stadt zu besetzen und die italienische Fahne zu hissen. Während des ganzen Tages war eine weitere Ausschiffung von Truppen, abgesehen von einer Abteilung Gensarmen, nicht möglich. Gestern wurde die Ausschiffung von Truppen und Materialien wieder aufgenommen.

## Deutsches Reich.

### Der Kongo-Handel.

(Die Abgeordneten Paalche und Gotheim gegen die Kongokompensation?)

Gestern war ein eigentümlicher Bericht des Berliner „Matin“-Korrespondenten zu melden, nach dem ein Führer der national-liberalen Partei im Reichstage sich für einen vollkommenen Bericht in Afrika, für einen Bericht auf jede Kompensation ausgesprochen haben sollte. Der Korrespondent des „Matin“ teilt nun mit, daß jener Führer mit seiner Ansicht durchaus nicht allein stehe. Er nennt auch den Namen seines neuen Gewissensmannes. Wie er berichtet, hat er gestern in den Couloirs des Reichstages den Abgeordneten Paalche getroffen, der ihm die bereits angedeutete Mitteilung gemacht haben soll. Demgegenüber erklärt Abg. Paalche im „B. L.“: „Es ist richtig, daß ich mich gestern in den Wandelgängen des Reichstages mit Herrn Caro und „Matin“ und einem anderen Pressevertreter über die Kongofrage unterhalten habe. Wir hatten jedoch eine rein private Unterhaltung, und ich habe Herrn Caro ausdrücklich verboten, etwa in seiner Zeitung meinen Namen zu nennen, da ich ihm ein Interesse nicht gemäßen wollte. Äußerungen, wie sie Herr Caro in seinem Artikel wiederholt, habe ich nicht gemacht. Ich habe vielmehr folgendes im Auf- und Abgehen gesagt: Meines Erachtens hätten wir als ein wachsendes Reich mehr Anspruch darauf, unsere Kolonien zu erweitern und die Möglichkeit einer Beihilfe zu schaffen, als Frankreich. Ob Geheimverträge zwischen Frankreich und Spanien über Marokko existieren, interessiert uns sehr wenig. Wenn wir auf Marokko verzichten müßten, dann müßten wir Kompensationen dafür erhalten. Der Kongo ist meiner Meinung nach eine recht wertvolle Kolonie. Ein großer Teil des Reichstages würde gern darauf verzichten. Wir hätten in Marokko bleiben sollen. Jetzt sei es allerdings verfehlt, durch übermäßige Forderungen die Franzosen zu reizen. Von einer augenblicklichen Adressenpolitik, die Anlaß zu Kompensationen geben könne, habe ich nicht gesprochen.“

Auch der Abgeordnete Erzberger befreit, die ihm im „Matin“ in den Mund gelegten Äußerungen getan zu haben. „Ich kam gestern“, so erklärte Herr Erzberger, „gerade dazu, als ich Geheimrat Paalche mit dem Herrn von „Matin“ unterließ. Ich beteiligte mich im Vorbeigehen an dem Gespräch und habe dann unterstrichen, daß ich auf die Kompensationen den größten Wert lege. Was die Regierung gefordert habe, sei das Mindeste, was wir verlangen müßten. Ich habe dann noch ausdrücklich hervorgehoben, daß wir auf alle Fälle an den Kongo herantommen müßten. Wenn die Franzosen sagten, der Kongo würde dadurch in zwei Teile geteilt, dann mögen sie uns, so habe ich wirklich gesagt, den untern Teil geben und für sich den oberen Teil behalten. Weiter habe ich nichts gesagt. Dann kam noch der Abgeordnete Gotheim hinzu, der noch ein recht kräftiges Wortwort getraute. Darauf habe ich mich wieder nicht.“

### Die Detaillisten und die Lebensmittelsteuerung.

Wie der „N. Hamb. Ztg.“ berichtet wird, hat die Vollversammlung der Detaillistenkommission in Hamburg sich in eingehender Beratung mit der Frage der Lebensmittelsteuerung beschäftigt. Hierbei erfuhr die insbesondere von agrarischer Seite genährte Auffassung, daß die gegenwärtige Verteuerung des Verbrauchs durch ungerechtfertigte Gebinde des Zollhandels vermindert werde, eine scharfe Zurückweisung. Der erste Syndikus der Hamburger Kammer, Dr. Grunow, führte aus,

daß an der Hand der amtlichen Statistiken und der gehörten Sachverständigen sich feststellen lasse, daß viele in so allgemeiner Form aufgestellte Behauptungen tatsächlichen Unterlage seien. Für jeden unangenehmen Beurteiler der Verhältnisse sei es klar, daß der Detailhandel, als letztes Glied in der Versorgungskette zwischen Erzeugung und Verbrauch, dem Anprall fortwährender Preissteigerungen weit mehr als die andern beteiligten Gruppen, insbesondere die Verbraucher, ausgesetzt sei, und daß die ohnehin schwierige Lage des Zwischenhandels bei einer andauernden Teuerung durch den Rückgang des Verbrauchs und damit des Umsatzes, die Übernahme eines Teiles des Wertpreises, die Inanspruchnahme langfristiger Kredite durch die in ihrer Kaufkraft geschwächte Bevölkerung usw. eine weitere Verschärfung erfare. Besonders zu beklagen sei, daß auch amtliche Stellen, z. B. durch die Ansetzung der Lebensmittelversteuerung durch die Gemeindevorstände, bei der Besteuerung solcher wichtiger Maßnahmen beizutreten. Dieser Gedanke ist um so mehr zu beanstanden, als er, abgesehen von der dadurch bedingten Schädigung wichtiger Glieder des Staatskörpers, auf deren Erhaltung und Pflege der Staat sonst so großes Gewicht lege, zu einer gegenseitigen Entfremdung und Verletzung der einzelnen Berufsstände beitrage.

Die Kammer beschloß die Einsetzung einer Untersuchungskommission, der die Aufgabe zugewiesen wurde, unter Hinzuziehung weiterer Sachverständigen aus dem Gewerbe während der Teuerungsperiode die Spannung zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen für die von der Teuerung hauptsächlich betroffenen Waren fortlaufend statistisch zu erfassen und der Kammer später Bericht zu erstatten.

Hannover, 19. Okt. In den städtischen Kollegien hat man sich heute mit der Teuerungsfrage beschäftigt und in ausgedehnter Debatte klar und deutlich die Stellungnahme der Kollegien zum Ausdruck gebracht. Man kam zu dem Schluß, daß zur Bekämpfung der Teuerung, die vielfach übertrieben werde, in erster Linie die Staatsregierung verpflichtet sei und den schwer genug beschlagenen Städten nicht zu viel zugemutet werden dürfe, wie dies in dem beantragten Ministerialerlaß unter Berufung der Sachlage festgehalten ist. Man bemitleidet schließlich den Betrag von 20 000 Mk., der zur Einrichtung von Kohlenfürten und Verwendung finden soll. Von einem Lebensmittelverkauf unter städtischer Regie hat man in erster Linie mit Rücksicht auf die Kaufmannschaft Abstand genommen. Man will aber in Einvernehmen mit dem Deutschen Seefischereiverband und hiesigen Fischhändlern auf einen billigeren Fischverkauf und auf eine allgemeine Verbreitung der Seefischerei hinwirken.

### Was uns trennt von der Sozialdemokratie.

In der großen Berliner Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei machte Abg. Dr. Wiemer folgende, das Wesen der Sozialdemokratie beleuchtende Ausführungen. Dr. Wiemer sagte laut „Frei. Ztg.“:

Die Berteldiger der reaktionären Zwangsorgane greifen in ihrer Not nach einem alten Trick: wer sie bekämpft, wird als Sozialdemokrat bezeichnet. In Berlin hat Herr v. Dittfurth ausgesprochen, daß er die Freisinnigen nicht mehr als eine bürgerliche Partei und das kleinere Übel anerkennen könne. (Hört, hört!) Einem Manne dagegen wie Eugen Richter würde er keine Stimme gegeben haben. Aber Herr Kollege, warum haben Sie das nicht früher gesagt? (Große Heiterkeit.) Eugen Richter ist von den Konserwativen genau so angegriffen worden wie wir, seine Politik wurde als „Vorwurf der Sozialdemokratie“ bezeichnet. In einem Artikel, der die Stunde nach dem Ende der Reichstagswahl, werden verächtlichen Abgeordnete der heutigen Fortschrittlichen Volkspartei gegeneinander ausgespielt; es wird behauptet, daß Konrad Haackmann über die Stellung der Sozialdemokratie anders denke als Paner, Naumann anders als Bohnke. Das Gerücht der Gegner läßt uns kühl. Aber da wir gemeinsam sind, mit offenem Rißer zu kämpfen, erkläre ich: die Fortschrittlichen Volkspartei und ihre parlamentarischen Vertreter sind einzig in der Ueberzeugung, daß wir den Kampf auch gegen die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck zu führen haben. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen genau das Ziel des Kampfes ist die Beilegung der herrschenden Wehrheit, die Parole ist: Nieder mit dem schwarzen Blau! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) In der Richtung auf dies Ziel können Sozialdemokratie und Liberalismus eine gute Siedekochung gleichen Weges marschieren. (Beifall.) Aber die Sozialdemokraten ebenso wie wir verfolgen deshalb nicht, daß die liegenden Gegensätze zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie bestehen bleiben und auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen müssen. (Beifall.) Die Sozialdemokratie treibt einseitige Arbeiterpolitik. Wir wollen eine dem Gemeinwohl dienende Volkspolitik. (Zustimmung.) Die Sozialdemokratie will den Klassenkampf, wir den sozialen Frieden. (Beifall.) Die Sozialdemokratie will es Endziel die Beilegung der Staats- und Gesellschaftsordnung und die Konfiskation des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wir wollen verbessern, was schlecht ist, aber erhalten, was gut ist. Die Sozialdemokratie will die Republik, wir stehen auf dem Boden der Verfassung in Treue zum konstitutionellen Königtum. (Beifall.) Wir wollen schüßen, was lieb und teuer ist im Vaterlande, und wenn die Sozialdemokratie Sturm läßt gegen die Grundlagen von Staat und Gesellschaft, wird sie uns zu entschlossener Abwehr bereit finden. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen auch daran denken: ein Uebergezug der Sozialdemokratie im neuen Reichstage bedeutet eine schwere Gefahr für die Zukunft. Der Reichstag bedeutet die Waffen gefährdet, und die ohnehin vorhandenen Geleite nach Attentaten auf das Wahrtreue verfallt werden. (Beifall.) Die Zukunft des Reiches hängt ab von einer festeren Vertretung des arbeitstreibigen, wirtschaftlich und geistig tüchtigen, vorwärtsstrebenden, freirechtlichen Bürgerturns in Stadt und Land. (Beifall.)

### Eine deutsche Konkurrenz gegen den Panamakanal?

Der New Yorker „World“ bringt ausführliche Mitteilungen über den angeblich in Angriff genommenen Bau eines Konkurrenzkanals für den Panamakanal, der

längs des Capoaflusses in Costarica durch die Salinasbucht und den Golf von Papagayo zum Stillen Ozean führen soll. Die Finanzierung, so wird behauptet, hätte ein deutsches Syndikat unter Führung des Barons Schlippenbach und des Ingenieurs Bernhards übernommen. Die deutsche Regierung soll angeblich das Unternehmen begünstigen. Die Vereinigten Staaten sollen die Regierungen von Costarica und Nicaragua verständigt haben, daß die Bewilligung der Konzession zum Bau des neuen Kanals als unfreundlicher Akt aufzufassen wäre. Der hier anwesende Redakteur der solumbischen Regierungsetzung „Information“ bestätigt die Möglichkeit einer Ausführung des Planes; gleichzeitig betont er, daß harter deutscher Einfluß sowie hochgradige Abneigung gegen die Vereinigten Staaten in beiden Ländern bestünde. Die Regierung von Columbien werde jeden Versuch dieser Art aufs äußerste begünstigen. Melme in Washington an verschiedenen Stellen eingezogenen Erfindungen ergeben ein glattes Dementi der Wahrheit, sowohl seitens des Staatsdepartements als der Gesellschaft von Costarica, sowie irgend eine offizielle Aktion in Frage liege. Eingezogen wird das Bestehen des Projektes referiert zu Standen.

(Den Beweis dafür, daß die deutsche Regierung hinter dem Projekt steht, hat sich die „World“ natürlich gespart. Was könnte Deutschland für ein Interesse daran haben, die Union zu einer heucheleiartigen Aufjagung von Costarica und Nicaragua anzustacheln? Die Red.)

## Das Urteil im Prozeß Becker.

(Telegraphische Meldung unferes + - Korrespondenten.)

Stettin, 20. Okt. 7 Uhr abends. Das Urteil im Beckerprozeß wurde heute abend gegen 6 Uhr gefällt. Der Angeklagte wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Ausland.

### Apachen im Heere.

Die Aufstände des französischen Heeres werden am besten durch einen Brief verschiedener Abgeordneter an den Ministerpräsidenten illustriert. Unser + - Korrespondent drapert uns aus Paris:

Mehrere Abgeordnete schrieben dem Kriegsminister und dem Ministerpräsidenten, daß sie wegen der Unmenschlichkeit von Pachen im Heere interpellieren werden. Sie begründen ihr Vorgehen damit, daß es für das Heer eine unerträgliche Schande sei, fortwährend von Räuberzügen, Morden und Diebstählen zu hören, die von Soldaten in Uniform begangen würden. Die ungeheure Mehrzahl anständiger junger Leute, die ihre Heerespflicht erfüllt, hätte das Recht, der Verurteilung mit abgetragenen Verbrechern nicht ausgesetzt zu sein.

## Ralle und Umgebung.

Seite a. S. 21. Oktober.

### Wirkung des fürsorge-Erziehungsgesetzes.

Der Provinzial-Erziehungsverein in der Provinz Gachsen hat seinen 25. Jahresbericht herausgegeben, aus dem besonders folgende Angaben von Interesse sind:

Die Gesamtzahl der am 31. März 1910 vorhandenen Fürsorgezöglinge in Preußen betrug 46 191, bei deren Erziehung rund 458 Anstalten und 3813 Erzieher beteiligt sind. Während seiner 19jährigen Wirkamszeit hat das Gesetz in rund 54 000 Familien eingegriffen und aus ihnen je 1—1/2 Kinder herausgegeben, um sie zu bessern. Mehr als 41 aller Zöglinge stammen von Eltern mit laterfassen Neigungen zur Unmündigkeit und Trunksucht oder solchen, die geistig minderwertig sind. So waren auch von den Kindern 11,9 Proz. geistig, 24,4 Proz. körperlich nicht gesund. Bei 40 Proz. der geistig nicht normalen Zöglinge herrschte die Minderwertigkeit auf ererbter Anlage. Diese Zahlen lassen sich Genüge erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die Erziehung dieser Kinder zu kämpfen hat, aber trotzdem ist das Resultat nicht unglücklich. Der Bericht des Ministers des Innern über die 1904—1909 aus der Fürsorge entlassenen 9931 Zöglinge ergibt, daß von 8155 ermittelten sich jetzt führen: genügend bis zu 5661 gleich 69,4 Proz., zweifelhaft 922 gleich 11,3 Proz., ungenügend bis schließlich 1572 gleich 19,3 Proz.

Besonders wird hervorgehoben: Auf der einen Seite sind die Erfolge der Fürsorgeerziehung um so günstiger, in je früherem Alter sie einsetzten konnten. Auf der anderen Seite aber sind von den im nachschulspflichtigen Alter überwiesenen Zöglingen so zahlreiche mit befriedigender Führung festgesetzt worden, daß die Behauptung, die Fürsorgeerziehung sei außerstande, aus den älteren Elementen noch brauchbare Menschen zu schaffen, verunannehmbar. Besonders erfreulich ist es, daß unter den im Alter von 16—18 Jahren überwiesenen, vor der Uebernahme in Fürsorgeerziehung bei Unmünd verfallenen Mädchen nicht weniger als 62,0 Proz. eine genügende bis gute Führung aufzuweisen haben und zum großen Teil als Ehefrauen in geborenen Berufsklassen leben. Dieses Ergebnis hat die gehobten Erwartungen weit übertraffen.“

### Das Fußballwettbewerb am Karfreitag verboten.

Das Kammergericht hatte sich mit einer landgerichtlichen Entscheidung zu beschäftigen, welche das Fußballwettbewerb am Karfreitag für eine verbotene Schauvorstellung erklärte hatte. Nach der Oberpräsidialverordnung vom 20. Februar 1896 dürfen u. a. am Fasttage und am Karfreitag öffentliche theatrale Vorstellungen, Schauvorstellungen und sonstige öffentliche Lustbarkeiten mit Ausnahme von Opern, Musikfeste, wie Oratorien, nicht stattfinden.

H. hatte am 14. April 1911, einem Karfreitag, gegen 8 Uhr nachmittags auf dem südlichen Sportplatz in Kiel ein Fußballwettbewerb zwischen Fußballspielern aus Stuttgart und Kiel veranstaltet. Das Fußballwettbewerb war auch öffentlich angeordnet worden. Zur Deckung der Kosten wurde auch Eintrittsgeld erhoben. M. machte zu seiner Verteidigung geltend, es handle sich um eine rein sportliche Veranstaltung, welche von der Oberpräsidialverordnung nicht getroffen werde. Die Strafammer verurteilte aber M. zu einer Geldstrafe und nahm an, daß es sich um ein Fußballwettbewerb eine rein sportliche Veranstaltung, vornehmlich bei einer Einnahme aus dem Grunde angeordnet, weil bei dem Fußballwettbewerb öffentlich angeordnet am Karfreitag erhoben worden sei. Diese Entscheidung steht B. dem Kammergericht an und betont, wenn keine An-

findung erfolgt wäre, wäre kein Mensch gekommen; die Kosten welche durch das Fußballwettspiel auslesener Mannschaften entstehen, könne der Verein ohne Eintragsgeld nicht tragen. Das Kammergericht wies jedoch die Revision als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Besonderestellung sei von einem Rechtsirrthum nicht befreit, wenn sie unter den obwaltenden Umständen eine öffentliche Schaulustigung für vorliegend erachte, welche am Sonntag nicht stattfinden dürfte. Die Grundlage einer solchen Polizeiverordnung liegt in dem Gesetz vom 3. Mai 1802 zu finden, welches solchen Polizeiverordnungen Raum gebe, welche die äußere Beschaffenheit der Sonn- und Feiertage betreffen oder gegen die Störung ihrer Feier gerichtet sind.

### Burmester-Konzert.

Der Geigerkönig entzückte gestern bei seinem Konzerte in dem überfüllten Thalia-Festsaal den festlichen Beifall seiner Zuhörer zu begeisterten Jubel. Seine edelmüthige Meisterkraft konnte der vortheilhafte Künstler bei den klassischen Programmnummern in der gleichen Pracht zeigen, wie er bei den neuartigen und von ihm mit Raffinement bearbeiteten Charakterstücken sich als eleganten Spieler der ersten Feinheit bei Gluck, Mozart, Haydn u. a. erwies. Als erster Vertreter virtuosen Violinspiels holte sich Burmester mit Taktvollenspielen den höchsten Erfolg. Herr Schmidt-Adelom, der feinsinnig als Begleiter fungierte und im Solovortrag dem Steinmuffel ganz prächtige Ranzierung entlockte, konnte neben Burmester vollen Erfolg erlangen.

Natürlich gab es zahllose Hervorrufe, zahlreiche Zugaben, Blumen und Beifall ohne Ende. — Morgen darüber mehr.

### Die Folgen eines unleserlichen Telegramms.

Im Postamt zu Goslar übergab der Adressist Schr. dem Oberpostassistenten S. eine telegraphische Postanweisung an einen Kennverein in Berlin, in der auf ein Berlin am Tage laufendes Pferd namens „Jina“ 20 Mark gesetzt und überdandt wurden. S. nahm die Postanweisung und schrieb ihren Text auf ein Telegrammformular, in dem jedoch das Wort „Jina“ unbedeutend geschrieben war, daß der Postassistent W. der das Telegramm zu befehlen hatte, „Jura“ las und dieses Wort an den Kennverein telegraphisch. Die Folge war, daß der Verein, da ein Pferd namens „Jura“ nicht ist, auf „Jina“ die 20 Mark nicht setzte und sie am folgenden Tage an Schr. zurücklief. Am nächsten Tage sah Schr. in den Kennverzeichnissen, daß „Jina“ gesetzt hatte und er, wenn seine 20 Mark auf dies Pferd gesetzt worden wären, 217 Mark gewonnen haben würde. Da er der Ansicht war, daß der ihm entgangene Gewinn von 197 Mark auf das Verschulden der beiden Postbeamten, die keine telegraphische Postanweisung abgeschrieben und expediert hätten, zurückzuführen sei, verlegte er sie beim Landgericht Südsachsen auf Zahlung von 197 Mark. Beide bestritten, ein Verschulden und meinten geltend, daß, obwohl Kennverzeichnisse nicht einsehbar seien, der Kläger jene Worte auf ihre Kosten durchlesen sollte. Das Landgericht verurtheilte jedoch beide Postbeamte als Gesamtschuldner zur Zahlung von 197 Mark. Es komme nicht darauf an, ob dem Kläger ein Klagergebot gegen den Kennverein zustehe. Im vorliegenden Falle habe es unzutreffend sein, daß er den Gewinn von 217 Mark ausgeübt erhalten hätte, wenn er seinem Plan gemäß bei richtiger Uebersetzung des Telegramms 20 Mark auf das Pferd „Jina“ gesetzt hätte.

Das Gericht entschied ferner dahin, daß eine Fahrlässigkeit der beiden Beamten vorliege. Die des S. erstreckte es darin, daß er in der Absicht des Textes der Postanweisung, die das Wort „Jina“ deutlich lesbar enthält, dieses Wort auf das Telegrammformular zu unbedeutend schrieb, daß eine Entstellung des Wortes durch den beiderseitigen Beamten herbeigeführt werden konnte. Die Fahrlässigkeit U. bestche aber darin, daß er trotz der ersichtlichen Unbedeutlichkeit nicht mit S. Rücksprache nahm, zumal bei der Ungebilligkeit des Wortes.

Das Oberlandesgericht theilte diesen Ausführungen in vollem Umfang zu und wies die von den Beklagten eingelegte Berufung zurück.

Im Stadttheater fand gestern Abend die erstmalige Wiederholung der prächtigen Operette von Georg Zaros „Muffianenmädel“ statt. Die Vorstellung hatte wieder den großen Erfolg wie bei der Premiere. Mehrere Nummern mußten da capo gelungen werden. Die Tänzerin spielte gestern Fräulein S. B., die bei der Ausführung der Muffianen durch einen Unfall am Rücken verkränkt war. Das Theater war in Anbetracht des glänzenden Staffbesuchs des Burmester-Konzerts und des abnorm warmen Wetters recht gut besucht. — Heute (Sonabend) geht „Das Muffianenmädel“ zum dritten Male in Szene. Der Besuch kann wärmstens empfohlen werden.

### Aus dem Leserkreise.

Es ist die Berufung von dieser Uebersicht abnimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Pressegesetzes in vollem Umfange der Einzelred verantwortl.

### Die zur Frage der Verbindungen und Abrechnungen von Beamtengehältern ergangene Reichsgerichtsentcheidung.

(Nr. 489 der Saalezeitung) muß, so weittragend letztere ist, ebenbürtig wohl auch das Vertrauen zu unserer Redaktionspresse in weiten Kreisen erfüllen. Denn wenn solche Abrechnung nach § 163 des Anh. zur Allg. Preuss. Ges.-Ord. ohne rechtliche Wirkung ist, warum wird sie dann in Wirt. Ges.-Buch in § 411 vorgelesen? Durch bearbeitete Artikel Gegenüber wird doch der eingeleitete, gerichtlich, geradezu Geld gekostet; er richtet sich nach § 411 G. B. W. tritt ab, läßt öffentlich beglaubigen, alles kostet Geld, und dann heißt es, die Abrechnung ist ungültig, nach Paragraph 10 und so. Da scheint wohl die Kommission für das G. B. W. die Vorschrift des § 163 a. a. D. auch nicht gekannt zu haben, denn sonst wäre doch wohl § 411 G. B. W. mit seiner Vorschrift unentbehrlich. Wenn nun im vorliegenden Falle des Eisenb.-Ges. B. der verstorbene Notar G. keine bemittelten Erben hatte, dann blieb dem Kläger der Schaden, trotzdem er und B. sich peinlichst wohl an die Bestimmungen des G. B. W. gehalten hatten, noch dazu mittels Notar. Daß die Eisenb.-Direktion sich nicht für ihren Beamten auf den für sie doch auch gültigen § 411 G. B. W. hätte, mag etwas befremdlich erscheinen. Im allgemeinen aber wird das große Publikum bei den hier zur Sprache getretenen gesetzlichen Gegenständen wieder einmal von einem recht bedeutenden Wirt. überzeugt. Wie man's macht, so macht man's falsch.

### Verleuzer der Zwischenhand?

Rein, im Gegenteil!  
Mehrere holländische Fleischer verkaufen Schlachtwurst das Pfund zu 2 Mark. Darunter ist sogar einer, der die Schmelze direkt vom

Produzenten erwirbt. In hiesigen Delikatessgeschäften kauft man Braunschweiger und Gotsche Schlachtwurst für 1,60 bis 1,80 Mk. das Pfund. Also auch hierin beweisen holländische Fleischer die Teuerung.

Wie geht das zu?

Ein Bürger.

## Provinzialnachrichten.

### Städtische Maßnahmen gegen die Teuerung.

\* Bernburg, 21. Okt. Der Magistrat beschloß, Kartoffeln anzukaufen und an unsere Einwohner, die mit einem Einkommen von unter 2500 Mark zur Steuer veranlagt sind, zum Selbstkostenpreis in Mengen von nicht unter ¼ Zentner abzugeben. Der Preis für den Zentner Kartoffeln wird sich voraussichtlich auf 3,50 Mk. stellen. — Mit dem Verkauf wurde gestern vormittag um 8 Uhr begonnen. Der Andrang war anfangs sehr stark, so daß noch ein zweiter Verkaufstermin eingerichtet werden mußte. Die bezogene Ware war von guter Beschaffenheit. Im Laufe des Vormittags flaute das Geschäft ab, und gegen ¼ 12 Uhr, wo man bereits mit dem Verkauf zu Ende zu sein gedachte, fanden noch circa 20 Zentner unverkauft da. Der Rest soll heute vormittag verkauft werden. Der gestrige Verkauf hat gezeigt, daß ein großes Bedürfnis nicht vorliegt, und es ist fraglich, ob der Verkauf wiederholt wird.

### Renovierung der berühmten Lutherkirche in Mansfeld.

Mansfeld, 19. Okt. Gestern Abend tagten der Gemeindefiskusrat und die Gemeindevertretung in gemeinschaftlicher Sitzung im „Goldenen Löwen“.

Wie bekannt, ist der Turm der Stadtkirche in schlechtem baulichen Zustande. Die durch Regierungsbaumeister Jeller, Dozent an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß der Turm in seinem oberen Teile 50 Zentimeter überhängt, der obere Aufbau infolge fehlerhafter Konstruktion der Baukörper sich um 30 Zentimeter verschoben hat und in der nördlichen Seite des Mauerwerks bis zur Hälfte der Höhe ein Kippen andeutet, der, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, mit den Jahren sich vergrößern dürfte. Bei der Aufnahme der Kirche und beim Vergleich mit dem Merianischen Bild von 1650 ergab sich, daß das jetzige Giebelwerk ein sogenanntes Wortdach ist, nämlich in Höhe 1700 an Stelle des ursprünglichen Giebelbaues aus allen Stücken errichtet.

Bei dieser Feststellung kam dem Architekten der Gedanke, das Dach der Kirche wieder so herzurichten, wie es Luther geschildert, so daß es mit seinem nördlichen Dachgeschoß wieder zur Kirche des Mansfelder Stadtbildes wird. Zu dieser Umgestaltung des äußeren Bauwerkes kommt noch im Innern die Erneuerung des Fußes in der Apsis, des Anfrühes der Wände und Deden und die Beschaffung einer neuen Orgel, da die jetzige durch Wurmfräßen schon großen Schaden erlitten hat, ferner die Einrichtung eines elektrischen Glodenlaternenwerkes und elektrischen Antriebs der Orgelorgel. Weiter ist geplant, das nördliche Hauptportal zu einer Lutherdenkmalhalle umzugestalten, dadurch, daß in derselben vier Darstellungen aus der Kinderszeit des Reformators angebracht werden. Die Gesamtkosten für diese Umbauten, Renovierungen und Neuanfassungen belaufen sich auf rund 50 000 Mark. Die kirchlichen Körperschaften beschließen einstimmig, die vorgeschlagenen Projekte anzunehmen und der kgl. Regierung einzurufen, daß die Haltung anzuweisen, daß der Staat und die Provinz für die Fortsetzung des historischen Bauwerkes namhafte Mittel bereitstellen, da die Gemeinde selbst nicht leistungsfähig ist.

### Die Eisenbahnstrecke Pöthen-Regenrid.

Pöthen, 17. Okt. Das hiesige Eisenbahnamt veröffentlichte eine Erklärung, in der zum Ausdruck kommt, daß es die Ablehnung des Bahnbaues von Pöthen über Planitz nach Regenrid durch den preussischen Finanzminister nicht als eine endgültige Entscheidung der Bahnfrage ansieht. Vor allem erscheine der Kostenanschlag viel zu hoch, weshalb die Bestimmungen des Komitees darauf gerichtet sein sollen, Einfluß in dieses Kostenanschlag zu erlangen und die Kosten auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Das Komitee hält eine Linie Pöthen-Regenrid über Köpenitz für vollkommen zwecklos und unrentabel, dagegen bedeute eine Linienführung der Bahn von Pöthen aus über Planitz nach einem Punkte der Linie Leipzig-Wartburg, und zwar entweder Frau oder Rosenmühl, mit Anschluß an eine von Schlegel kommende Strecke die glückliche, ausrichtende und damit im eigenen Interesse des Reiches Regenrid liegende Lösung der Bahnfrage. In diesem Sinne werde das Komitee weiter arbeiten.

G. Ammendorf, 20. Okt. (Die heilige Kirmeis.) die vom 22. bis zum 24. Oktober auch in den zum Hofspital Ammendorf gehörigen Ortschaften Beesen und Planena gefeiert wird, wird immer mehr zu einem Volksfeste großen Stils, das von Tausenden von Fremden besucht wird. Schon jetzt wird an der elektrischen Fernbahn Halle-Berlitz eine „Stadt“ von Verkaufszelten, Schaubuden, Karussells, Wohnwagen usw. aufgebaut.

(1) Zeit, 20. Okt. (Mit wichtigen Verkehrsfragen) hatte sich der hiesige Verkehrsverein in seiner gestrigen Sitzung im Rathause zu beschäftigen. Er erklärte sich zuerst einstimmig damit einverstanden, die Eingabe des Eisenbahnamtes für den Neubau der Schnellstrecke Auma-Schlegel-Nordthalen-Kronach an das preussische Eisenbahnamtministerium betr. den Bau der genannten Strecke selbständig durch eine Eingabe zu unterstützen, nachdem die Herren Bürgermeister Kelp, Sanitätsrat Dr. Röttig und Kaufmann Ernst Schaller Bericht über die am vorigen Montag hier stattgehabte Sitzung von Mitgliedern des hiesigen Verkehrsvereins mit Vertretern des oben genannten Eisenbahnamtes erstattet hatten. Die neu zu erbauende Linie sollte, abgesehen von den für den Schnellverkehr auszubauenden neuen bestehenden Linien, 50 Kilometer betragen. Dann wurden verschiedene Anträge beraten, die eine bessere Verbindung der Stadt Zeit nach außerhalb ermöglichen sollen. Beantwortet soll werden, daß der Schnellzug Saalfeld-Zeit, am Zeit 4,41 Uhr nachm., der nur im vorigen Sommer verkehrte und dann wieder eingezogen wurde, wieder eingerichtet wird und seine natürliche Fortsetzung nach Leipzig erhält. Auf Antrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Röttig soll verlost werden, nach Feststellung des Leipziger Hauptbahnhofes einen direkten Zug Wittenberg-Saalfeld-Leipzig-Wittenberg-Berlin zu erhalten. Zur Kenntnis genommen wurde der ablehnende Bescheid der Oberpostdirektion Halle a. S. betr. die Einrichtung eines neuen Postamtes in der Oberhalb.

Erfurt, 19. Okt. (Die Zwangsversteigerung des Auentellers.) Heute mittag fand die angelegte Zwangsversteigerung des Auentellerbesitzes statt. Auf dem großen Anwesen ruhten Hypotheken im Gesamtbetrage von annähernd 300 000 Mark. Der Haupthypothekengläubiger liegt von seiner 195 000 Mark betragenden Forderung 150 000 Mark stehen, und mit dieser Belastung ging das Anwesen für 203 000 Mark an Brauereibesitzer Wergell in Arnstadt über, der es auf den Namen des gegenwärtigen Restaurateurs eintragen läßt. Der Zuschlag lag in acht Tagen erteilt werden. Die Höhe der ausfallenden Hypotheken ist ganz beträchtlich. Das Ergebnis der Versteigerung tritt eine Reihe von Geschäftslösungen sehr empfindlich. Bei allem ist es Handwerker und Lieferanten, die für ihre Forderungen Sicherstellungsposten besetzen und nun dafür keinen roten Heller bekommen. Zu erwähnen ist noch, daß Brauereibesitzer Wergell den Betrag mit dem Theaterdirektor Karl, der bisher das Auentellertheater betrieb, bei dem Kauf nicht mit übernommen hat.

+ Gangerhausen, 20. Okt. (Wahlversteigerung.) — Unfall beim Turmne. Heute früh 7 Uhr ist der Bauinspektor Ulrich Schmidt plötzlich verstorben. Der Verstorbene hat sich um das kommunale Leben unserer Stadt große Verdienste erworben. Am 10. Januar 1888 wurde er als Stadtverordneter eingeführt und war zuletzt als Stellvertreter des Stadtverordneters-Vertrages tätig. Am 15. Oktober 1892 in Metzberg geboren. Vorher war Bauinspektor Schmidt gerade am gestrigen Tage 50. Lebensjahr. Der Verstorbene, seit 1. September 1876 hier angesetzt, beendete bis 1889 die Kassenrechnung, von da ab den Direktionsposten der damaligen Vorstadtverwaltung, von da ab den in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und als Beamter im Jahre 1907 der Bankverein übernahm, verließ Schmidt Director dieses Bankinstituts, welchen verantwortungsvollen Posten er stets mit Gewissenhaftigkeit und Umsicht leitete. Eine letzte Erkrankung (Rippenfellentzündung), der sich eine Lungenerkrankung zugesellte, warf ihn darnieder, und heute morgen machte ein Herzschlag dem Leben des in allen Kreisen beliebten Mannes ein Ende. — Während der gestrigen Turnstunden des Turnvereins in der Turnhalle fiel der Turnjugendling Werner von Schwebber. Er verlor sich hierdurch leicht den rechten Arm, der linke wurde abgetrennt.

Stelligenstadt, 19. Okt. (Aufforderungen.) Zu Aufforderungen sind der Stadt Stelligenstadt aus dem vorgenannten Beschlusse 12 000 Mark überwiehen worden. Dem Antrag des Magistrats entsprechend wurde am Dienstag Abend von den Stadtverordneten beschloß, diese 12 000 Mark zur Ausführung einer Fläche von 127,65 Sekter zu verwenden. Die Aufforderungen werden vorgenommen, um die Hochwasserfahrgefahr zu vermindern.

Kaltenberg, 19. Okt. (Bürgermeistereiwahl.) An der am 18. d. M. stattgefundenen Wahl eines Bürgermeisters für die hiesige Stadt war die Beteiligung seitens der Bürgererschaft eine rege. Von den im Gemeindebezirk vorhandenen 1273 Stimmen wurden 1104 Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf Kandidatentant a. D. Haus-Düffelberg 888 Stimmen, auf Bürgermeister Lothe-Kaltenberg 212 Stimmen und auf Bürgermeister-Stellvertreter K. Wollrath-Kaltenberg 14 Stimmen. Jeppitert waren 5 und unglücklich 15 Stimmen. Herr Kandidatentant a. D. Haus-Düffelberg ist somit zum Bürgermeister hiesiger Stadt auf sechs Jahre gewählt. Die Wahl desselben erfolgte, weil die Gewerkschaft Kaltenberg (488 Stimmen) und ihre Beamten geschlossen für ihn eintraten und zusammen ca. 700 Stimmen auf ihn vereinigten.

Köthen, 17. Okt. (Ein Denkmal für Angelika Hartmann.) Der Gemeindevorsteher und Pädagogin Angelika Hartmann, einer gebornen Köthenerin, soll von Leipziger Freunden hier in ihrer Vaterstadt ein Denkmal errichtet werden. Die Kosten des in Marmor auszuführenden Sammlerdes sind auf circa 20 000 Mark veranschlagt. Im Sonnabend haben Leipziger Herren in Verbindung mit dem hiesigen Magistrat und dem Bildhauer Studienrath, der das Denkmal ausführen soll, den Vorschlag für das Festen ausgemacht. Es soll in den Anlagen gegenüber dem „Leutner Hofen“ aufgestellt werden, wo Angelika Hartmann den ersten Kindergarten verbunden mit Kindergartenmutter-Geminar betrieb.

Rehau, 19. Okt. (Willefontäne.) Baumunternehmer haben ein größeres Areal an der hohen Lache angekauft, um dort Einfamilienhäuser zu erbauen. Der Bauungsplan hat bereits die Genehmigung des Magistrats erlangt. Es sollen zunächst ungefähr 10–20 Häuser gebaut und zum Verkauf gestellt werden. Man hofft, daß der Preis für eine Villa 7000 Mark nicht übersteigen wird.

Sonneberg, 19. Okt. (Bewegung der Puppenmacher.) Die vereinigten Arbeiter und Fabrikanten der Puppenmacher haben sich durch die enorme Verteuerung der Rohmaterialien sowie die ständig steigenden Lebensmittelpreise veranlaßt gesehen, eine vorläufige Preisserhöhung ihrer Erzeugnisse einzutreten zu lassen. Die Erhöhungen bewegen sich zwischen 25 und 100 Prozent.

Jena, 19. Okt. (Zur Erkrankung des Reichstagsabgeordneten Bömelburg.) Der Reichstagsabgeordnete Bömelburg befindet sich in einer heftigen Nervenkur. In seiner schweren Erkrankung ist bisher keine Besserung eingetreten.

Rosburg, 19. Okt. (Schwerer Unglücksfall.) In einem Steinbruch bei Rosburg wurden vier niedergerissene Gestein zwei Arbeiter verkrüppelt. Ein Arbeiter ist tot, zwei andere wurden schwer verletzt.

Schleiz, 18. Okt. (Schulhausweib.) Gestern vormittag fand im Beisein der hiesigen und hiesigen Behörden die feierliche Einweihung der neuen, prächtigen Knabenbürgerschule statt. Vom Erdringen war anlässlich der Weihe folgende Ordensauszeichnungen verliehen worden: Rektor Wergner das Silberne Dienstkreuz, Oberlehrer Jant und Bürgergasthalter Geipel das Zivilverdienstkreuz IV. Klasse. Nachmittags fand im Rathsaal ein Festmahal statt.

Leipzig, 21. Okt. (Elektrifizierung der Sächsischen nach Ammendorf.) Wie die „Abendzeitung“ berichtet, soll die Nebenbahnlinie Leipzig-Schleiz nach Ammendorf weitergeführt werden. Der Gemeindevorsteher zu Ammendorf ist angegangen worden, in alternativer Zeit eine allgemeine Anliegerkommune nach Döllitz einzubringen. Es verlannt, daß die neue Anliegerkommune nicht von der Leipziger Außenbahn-Alt-Gee, sondern von der Provinzialbahnstrecke erbaut werden soll. Es liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß die Linie von Ammendorf nach Wierberg durchgeführt wird.

V. Leipzig, 20. Okt. (Zur Bewegung der Lithographen- und Steindruckerei.) Am Donnerstag Abend veranlassen sich etwa 2000 Lithographen und Steindruckerei in Leipzig, „Kollmann“, daß sich über den Stand des Streiks zu unterrichten. Es ergab sich, daß sich in Leipzig angeblich 1005 Geheften in 67 Betrieben in Streit befinden, die 84,5 Prozent der Geheften am Ausstoß teilnehmen. In ganz Deutschland sind 4665 Geheften am Kampfe beteiligt. Man nahm eine Resolution an, die in heftigen Worten die Kampfesweise des Schuppenverbandes der Steindruckereibeisitzer verurteilt und betont, daß die Forderungen bis zur äußersten Konsequenz vertreten werden.





